

Das Königreich Sachsen



Die monarchische Verfassung ist die Verfassung der entwickelten Vernunft; alle anderen Verfassungen gehören niedrigeren Stufen der Vernunft an. *G.W.F. Hegel*

1. Wir Sachsen verurteilen die geschichtlichen Gewaltakte der Feindmächte des Deutschen Reiches, die am 9. November 1918 den sächsischen König gestürzt und Sachsen zum Freistaat degradiert haben.
2. Wir bitten den sächsischen Thronfolger aus dem Hause Wettin, die Macht in Dresden wieder zu ergreifen, seinen Stamm aus der BRD zu befreien und das Königreich Sachsen solange wieder als unabhängigen Staat zu führen, bis in Berlin der König von Preußen das Wort und die Macht ergriffen und als Deutscher Kaiser das Deutsche Reich wieder handlungsfähig gemacht hat. Dann erst soll Dresden die Gefolgschaft zu Berlin wiederherstellen.
3. Bis dahin möge das Königreich Sachsen sich mit Wien, Budapest, Preßburg, Prag und Moskau verbünden, um die amerikanische Fremdherrschaft aus Mitteleuropa hinauszudrängen.

Die liberalistische Volksrevolution

1. Das **Deutsche Kolleg** fordert seit den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts das **Recht auf Arbeit** und das **Grundrecht** an einem unveräußerlichen Mindestgrundstück, und beides für jeden Deutschen. Damit gehören die *sozialistische Volksrevolution* und die *konservativistische Volksrevolution* zum programmatischen Kernbestand des **Deutschen Kollegs**.
2. Wir sehen jetzt, im Jahre 2008, mit dem Beginn der **Globalkrise** in der Anfangsform der globalen Wirtschaftskrise, die weit folgenreicher zu werden verspricht als die Weltwirtschaftskrise von 1929-1933, den geschichtlichen Zeitpunkt gekommen, unser Programm um die *liberalistische Volksrevolution* zu erweitern.
3. Der Zeitraum vom Anfang der 80er Jahre bis 2008 war eine Epoche der *liberalistischen Klassenrevolution*. In ihr wurde die Klasse der Liberalen, der Besitzer des Produktionsfaktors Kapital, in jeder von ihr nur gewünschten Art und Weise bevorzugt. Die Klasse der Kapital-

besitzer zerriß in der jetzt beendeten Ära alle öffentlichen Gängelbänder und durchbrach die Schranken, die ihr die außerökonomische Zwangsgewalt des Staates bislang noch auferlegt hatte.

4. Mit dem Wegfall dieser Beschränkungen wurde die liberale Kapitalisten-Klasse nicht mehr vor sich selbst geschützt. Ihre eigene Zerstörungskraft und Asozialität konnte sich voll entfalten, insbesondere gegen die national organisierten Arbeiterklassen und gegen den nationalen Sozialstaat, der zunehmend in einen antinationalen Liberal- oder Kapitalstaat verwandelt wurde. Dieser globale Sieg der liberalen Klasse mit ihrem revolutionär entfesselten Kapitalismus sprengte den Bereich der volkswirtschaftlichen Nützlichkeit.
5. Das Zeitalter der *neoliberalen Klassenrevolution* ist jetzt zwar definitiv beendet, aber nur negativ. Die da oben können nicht mehr so weitermachen wie bisher und die da unten wollen es nicht mehr. Das kennzeichnet die vorrevolutionäre Lage. Positiv zu überwinden ist die Globalkrise, die weder ökonomisch noch politisch noch ideologisch einen Stein der alten Ordnung auf dem anderen belassen wird, nur durch eine Umkehrung der liberalistischen Revolution aus einer bloßen Klassenrevolution in eine Volksrevolution. Und das allein würde bedeuten, daß nicht bloß die Globalisierung, sondern der **Kapitalismus beendet** wird. Dieses historische Ereignis wird sich für den einzelnen Volksgenossen darin zeigen, daß er neben dem Recht auf Arbeit und dem Grundrecht (an einer Mindest-Immobilie) auch ein **unveräußerliches Mindest-Kapitaleigentum** erhält, das so bemessen ist, daß die dem Einzelnen zufließende Dividende die Existenzsicherung in der Höhe des pfändungsfreien Einkommens gewährleistet.
6. Eine *Volksrevolution* hebt das Monopol einer Klasse der bürgerlichen Gesellschaft an einem der drei Produktionsfaktoren auf, indem sie diesen Faktor zu gleichen Wertgrößenanteilen auf jeden einzelnen Volksgenossen verteilt und jeden mit einem gleichen Stimmrecht in der Teilhaber-Versammlung des Produktionsfaktors ausstattet. Das Stimmrecht kann unmittelbar oder mittelbar ausgeübt werden. Das vom Stimmrechtseigentümer bei mittelbarer Ausübung erteilte Mandat muß immer imperativ sein. Betrifft die Volksrevolution den Produktionsfaktor Kapital, dann ist sie eine liberalistische Revolution, die das Produktionsmittel-Monopol der Kapitalisten-Klasse beendet und alle Produktionsmittel, sofern sie die Form von Geld- oder Sachkapital angenommen hatten, vergesellschaftet. Vergesellschaftet ist der Produktionsfaktor nur insoweit, als er an die einzelnen Individuen eines Volkes, das als besonderen Stand die bürgerliche Gesellschaft ausgebildet hat, verteilt wurde. Da die Gesellschaft aber nur deswegen eine bürgerliche ist, weil sie einer staatlichen Gemeinschaft unterworfen wurde, ist der (an die einzelnen Volksgenossen) vergesellschaftete Produktionsfaktor Kapital zugleich vergemeinschaftet, weil dieser souveräne geschichtliche Akt von einer **reellen Nation**, deren Angehörige ausschließlich demselben Volke zugehören, vollbracht wurde. Auf diese Weise wird das Kapital also *bürgerlich vergesellschaftet* und zugleich *national vergemeinschaftet*, aber nicht verstaatlicht. Denn die Verstaatlichung der kapitalistischen Produktionsmittel wäre ihre Absonderung von der bürgerlichen Gesellschaft insgesamt, somit also weder die *klassenlose Vergesellschaftung* in ihr noch ihre wirkliche Vergemeinschaftung durch den alle Bürger und ihren Staat umfassenden *staatsbürgerlichen Verband*.
7. Die liberalistische Volksrevolution als positive Überwindung der Globalkrise, zu der das Monopol einer Klasse am Produktionsfaktor Kapital geführt hat, wird auch die Volksrevolutionen in den beiden anderen Produktionsfaktoren herbeiführen, die durch das Recht auf Arbeit als sozialistisch und durch das Grundrecht (an Grund und Boden) als konservativistisch charakterisiert sind. Volksrevolutionen sichern die Freiheit jedes einzelnen Volksgenossen durch *unveräußerliche Rechte* (an Boden, Kapital und Arbeit), Klassenrevolutionen dagegen fördern ihre Klassengenossen durch *veräußerliche Rechte*, also die Erleichterung der Veräußerbarkeit ihrer Faktorgüter.
8. Ein Gemeinwesen von freien Grundeigentümern, die auf eigener Scholle mit eigener Kraft und

eigenen Mitteln arbeiten, also *Mittelstand* (weil im Stande ihrer selbstbenutzten Produktionsmittel) sind, mag zwar konservativ, liberal und sozial genannt werden, den bürgerlich-gesellschaftlichen und parlamentarischen Klassengegensatz von Konservatismus, Liberalismus und Sozialismus aber gibt es in solch einem mittelständischen Gemeinwesen nicht. Es besteht nicht aus Kapitalisten und Proletariern, sondern aus produktionsmittelbesitzenden Arbeitern.

9. Die **Entschädigung** für die enteigneten Kapitalisten besteht a) in der Ausstattung mit dem gleichgroßen unveräußerlichen Mindestkapital wie alle anderen freien und gleichen Volksgenossen, b) im eigentumslosen Besitz des übrigen Geld- und Sachkapitals ihrer Unternehmen, das sie als *Lehen* zur Fortführung ihrer Unternehmen bekommen, falls diese vom Souverän als volkswirtschaftlich erwünscht angesehen werden, und c) in der Resozialisierung in die Volksgemeinschaft, indem sie vom Fluche der *Aneignung* fremder Arbeit und damit der *Ausbeutung* befreit werden.

Obligatorisches Allparteien-Wahlprogramm

Das **Deutsche Kolleg** schreibt allen Abgeordneten, die 20XX[1. Im Original hieß es in freudiger Naherwartung 2005] in den Berliner Reichstag einziehen, vor, das nachfolgende Programm auszuführen. Jene, die ihren Fuß in den Reichstag setzen und diese Vorschriften nicht befolgen, wird Gott mit der ewigen Verdammnis in der Hölle der Selbsterkenntnis ihrer unsterblichen Seelen bestrafen, und die Nachwelt wird sie mit andauernder Schmach und Schande bedenken.

Die BRD des Jahres 20XX ist auf blamablere Weise am Ende als die DDR 1989. Die Europa-Ideologie der EU und mit ihr der **Kapitalismus** ist als ideologisches System jetzt ebenso abgewirtschaftet wie **Kommunismus** und **Faschismus**, die anderen politischen Religionen des 20. Jahrhunderts. An deren Stelle muß die soziale Gemeinschaft des **Deutschen Volkes** treten. Die Barbarei der **Globalisierung** ist zu beseitigen und durch die **Deutsche Volkswirtschaft** abzulösen, in der die *Marktwirtschaft* der *Eigenwirtschaft* dient, die nicht Bedürfnisse des Globalmarktes, sondern deutsche Volksbedürfnisse zur Richtschnur des Handelns macht.

Jedermann weiß, daß die akute **deutsche Arbeitslosigkeit beseitigt** ist, sobald die ausländische Wohnbevölkerung ausgewiesen sein wird. Damit verkehrt sich das Überangebot von Arbeitskräften am deutschen Arbeitsmarkt in eine Arbeitskräfteknappheit, und der Lohn- und Sozialabbau wird in **steigende Löhne** umschlagen. Andauernde Lohnsteigerung beschleunigt den prozeßtechnischen Fortschritt und führt letztlich zu **arbeitsloser Produktion**. Das **Recht auf Arbeit**, das jede deutsche Regierung jedem Deutschen auch in der Zukunft garantieren muß, wird dann nicht mehr in der notwendigen materiellen Produktion eingelöst werden, sondern im **Reich der Freiheit** als dem gemeinschaftlichen Kulturwerk des Deutschen Volkes.

Dem Deutschen Volke sind *schuldige Dienste* wie folgt zu erweisen:

Innenpolitik

1. Die deutsche *Kulturkatastrophe* beenden! (Maßnahme: Die *Barbaren* aus dem Lande werfen und den Gebrauch ihrer primitiven Sprachen in der Öffentlichkeit gesetzlich verbieten,

- insonderheit des Englischen.)
2. Die *deutsche Arbeitslosigkeit* innerhalb von 100 Tagen beseitigen! (Maßnahme: Sofortige Beendigung der Ausländerbeschäftigung.)
 3. Das *organisierte Verbrechen*, das fremdethnisch homogen ist und von deutscher Polizei nicht unterwandert werden konnte, wird gänzlich zerschlagen! (Maßnahme: Entfernung der fremden Ethnien aus Deutschland.)
 4. Gründung eines *Staatsarbeitsdienstes* als eigenwirtschaftlichem Konkurrenzsystem zur Marktwirtschaft, das alle Bereiche der materiellen, geistigen und pädagogischen Produktion abdeckt.
 5. Einheitliche *Existenzgrundsicherung* für alle Deutschen in *allen* Fällen der Bedürftigkeit! (Maßnahmen: Verbot von Sozialleistungen ins Ausland und an Ausländer, Wegfall des bisherigen Rentensystems und der staatlichen Pensionskassen.)
 6. Drastische Senkung der *Arbeitslosenversicherungsbeiträge*! (Maßnahmen: Beschränkung der Leistungen aus der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung auf sechs Monate, Verhinderung zweckfremder Nutzung der Finanzen, Reduzierung der Verwaltung.)
 7. Vollständige *Privatisierung* und radikal marktwirtschaftliche Umgestaltung des bisherigen, korporativ verfaßten *Gesundheitssystems*! (Maßnahme: Aufhebung der gesetzlichen Versicherungspflicht.)
 8. Gründung eines konkurrierenden *zweiten Gesundheitssystems* im Rahmen des Staatsarbeitsdienstes, das jeden Deutschen *kostenlos* medizinisch grundversorgt.
 9. Recht auf *Berufsausbildung*, das im Falle des Marktversagens durch Anstellungs- und Ausbildungsrecht im Staatsarbeitsdienst garantiert wird.
 10. Recht auf *Arbeit im erlernten Beruf*, das im Falle des Marktversagens durch Anstellungsrecht im Staatsarbeitsdienst garantiert wird.
 11. Recht auf *Wohnung*, das keinen einzigen Deutschen obdachlos läßt! (Maßnahme: Wiedereinführung des strafgesetzlichen Verbots der Land- und Stadtstreicherei.)
 12. Deutschland wird *schmutz- und schundfrei*! (Maßnahme: Unterbindung pornographischer, gewalttätiger, und sittlich tiefstehender Publikationen.)
 13. Einstellung des kommerziellen Rundfunks. Beschränkung des *Fernsehens* auf zwei nationale Programme (für deutsche Volkskultur und deutsche Hochkultur samt Wissenschaftspflege) und auf je ein Regionalprogramm für alle deutschen Stammeskulturen; das gleiche gilt für den *Hörfunk*.
 14. Die *Universität* ist auf wissenschaftliche Forschung und gleichzeitige Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu beschränken. Wiederherstellung des Humboldtschen Ideals der Einheit von Forschung und Lehre.
 15. Ausbildung der hergebrachten *Akademiker* wie Juristen, Ärzte oder Lehrer in Fachhochschulen im *dualen System*.
 16. Ausdehnung und Vertiefung der deutschen *Forschung* durch den Staatsarbeitsdienst; Rückwerbung und notfalls Dienstverpflichtung aller vom Ausland abgeworbenen deutschen Forscher.
 17. Durchsetzung der *deutschen Sprache* als anerkanntes Gemeingermanisch und führende Kultursprache der Welt; Förderung des deutschen Sprachgebrauchs bei den Deutschamerikanern.
 18. Gesetzliche Verpflichtung beamteter deutscher Wissenschaftler, als *Wissenschaftssprache* ausschließlich das Deutsche zu verwenden.
 19. Neubesetzung oder Abwicklung ideologierter Disziplinen in der Universität.

Außenpolitik

20. *Wiedervereinigung* aller deutschen Staaten und rechtmäßigen deutschen Gebiete zum *Vierten Deutschen Reich*! (Maßnahmen: Beendigung des Dritten Reiches und seines Wachkomas;

Abwicklung der Reichszerteilungsregimes.)

21. Heimholung der *deutschen Soldaten* vom Hindukusch, vom Balkan und aus allen anderen Weltgegenden, in denen sie nichts zu suchen haben. *Hinauswerfung der amerikanischen Besatzungstruppen!*
22. *Auflösung* von UNO, NATO, EU! Ein *Europa der Völker!* Unterstützung aller *nationalen Befreiungsbewegungen* in der Welt, die den Grundsatz Ein-Volk-ein-Staat verwirklichen!
23. *Revision* des Geschichtsbildes zu Gunsten des Deutschen Volkes und dessen weltweite Durchsetzung mittels auswärtiger Kulturpolitik!

Das Deutsche Kolleg ermuntert das Deutsche Volk zum **allgemeinen Aufstand** mit allen Mitteln, auch dem Mittel des *Stimmzettels*. Nötig ist *nationale Solidarität* aller Deutschen untereinander und *internationale Solidarität* des Deutschen Volkes mit anderen Völkern, die gegen die kapitalistische Fremdherrschaft und für ihre polit-ökonomische Souveränität kämpfen.

„Wo aber Gefahr ist, wächst / Das Rettende auch.“
(Hölderlin)

Der allgemeine deutsche Volksaufstand

Die Deutschen sind als Volk und als Reich von ihren Widersachern gemartert, ans Kreuz geschlagen und begraben worden. Sie harren der Auferstehung. Die Auferstehung wird kommen, wenn die Deutschen aufstehen. Wenn die Deutschen zum allgemeinen Volksaufstand sich erhoben haben, dann werden sie wiederauferstanden sein.

Grundsätzlich sind zwei Aufstandsarten möglich: erstens der Aufstand der Legitimität, die Wiedererrichtung der rechtlichen Macht durch die deutschen Fürsten, und zweitens der Aufstand der Revolutionsfürsten oder Revolutionsführer mit ihren schlagfertigen Gefolgschaften, die sich auf die Volkssouveränität berufen und die legitimen fürstlichen Souveräne des Deutschen Volkes wegen Untätigkeit für obsolet erklären werden. Putschfähige Teile des Gewaltapparates der Reichzerteilungsregime sind nicht in Sicht, aber keine Aufstandsvariante ist auszuschließen. Es muß vielmehr nicht nur mit Zeichen, sondern auch mit Wundern gerechnet und auf Gottes Hilfe vertraut werden. Tritt keine der beiden Aufstandsvarianten ein, dann wird sich zeigen, daß omnipotente Reichsdeutsche als Stammzellen des Reiches die Reichsorgane wiederherstellen.

Der siegreiche Aufstand, sei es jener der deutschen Fürsten oder jener des Deutschen Volkes, wird durch den Kaiser oder den Aufstandsführer revolutionäre Gesetze zur schnellen inneren und äußeren Konsolidierung der wiederhergestellten Reichsmacht erlassen. Solche Gesetze werden abschließend in Vorschlag gebracht.

Strategieskizze zum politischen Feldzug

Der Feind, das antinationale System, wird wahrscheinlich jeden Wahlkampf[1. Im Original: Strategieskizze zum 94er Feldzug - Der Feind, das antinationale System, wird wahrscheinlich schon den Hamburger Wiederholungswahlkampf im Herbst 1993, besonders aber das ganze Jahr 1994 ...] zu einem politischen Ausrottungsfeldzug gegen das nationale Lager und gegen den nationalen Gedanken in Deutschland überhaupt nutzen. Jeder, ob Einzel- oder Gruppenkämpfer, der in dieser Lage sich irgendwie aus der Deckung herausraut, sollte, bei allen taktischen Unterschieden, seine Propaganda nach strategischen Überlegungen ausrichten, die sich bei politischem Überlebenswillen fast von selbst verstehen:

1. Es dürfen keine Maßnahmen eingefordert werden, sondern ausschließlich Leistungen, weil Maßnahmen nur die Mittel, Leistungen aber die Ziele sind.
2. Mit welchen Maßnahmen die Leistungen zu erbringen sind, ist Sache der regierenden Schuldner und nicht der regierten Gläubiger.
3. Diese Leistungsforderungen sollen nicht als Fernziele aufgestellt werden, sondern als kurzfristige, in höchstens 100 Tagen einzulösende, längst überfällige Schuldigkeit der politischen Klasse dargestellt werden.
4. Es sind ausschließlich Leistungen für das Deutsche Volk zu verlangen. Auf Wahrung und Mehrung von Wohl und Nutzen des Deutschen Volkes hat jeder Regierende einen Eid geleistet. Die Nichterbringung der Leistungen für die Deutschen ist also ein Eidbruch. Jede Leistung an Ausländer ist Nichterbringung möglicher Leistung für den Souverän und ebenfalls Eidbruch.
5. Forderungen gegen Ausländer sind überflüssig und zu vermeiden. Die Generalmaßnahme der Entausländerung Deutschlands (z.B. nach dem Modell meines[2. im Original folgt: in Heft 1/93 der Staatsbriefe veröffentlichten] „100-Tage-Programms“) versteht sich von selbst, weil alle Notstände durch die Verausländerung Deutschlands herbeigeführt wurden. Die Erläuterung durchzuführender Maßnahmen ist nur auf Nachfrage erforderlich und der mündlichen Agitation zu überlassen. Die Redner und Agitatoren sollten außer den Zielen auch die Hauptmaßnahmen, wie sie zu erreichen sind, kennen.
6. Es dürfen keine Ziele aufgestellt werden, die im Deutschen Volke umstritten sind.
7. Die Ziele müssen reine Selbstverständlichkeiten sein und jene, die sie ablehnen, in tiefes Unrecht setzen.

In diesem Sinne wurden dem [100-Tage-Programm](#) **Zehn Ziele** vorangestellt, denen kaum zu widersprechen ist, die schnell und leicht zu erreichen sind und die allein den Deutschen dienen:

1. Die Arbeitslosigkeit beseitigen!
2. Wohnungsnot und Obdachlosigkeit beenden!
3. Das Verkehrschaos aufheben!
4. Den Rauschgiftkrieg gewinnen!
5. Das organisierte Verbrechen zerschlagen!
6. Recht und Staat und Souveränität wiederherstellen!
7. Natur und Umwelt des deutschen Volkes retten!
8. Mitteldeutschland planvoll wiederaufbauen!
9. Das Sozial- und Gesundheitswesen von Grund auf erneuern!
10. Die deutsche Kulturkatastrophe aufhalten!

Diese Ziele können vor, in und nach Wahlkämpfen propagiert werden. Sie setzen die politische

Klasse in allen ihren Verpuppungen – als Parteien, Kandidaten, Parlamente, Regierungen, Kirchen, Verbände oder Medien – unter Leistungsdruck. Dieser Leistungsdruck, der durch unwiderstehliche und unangreifbare Propaganda erzeugt wird, verstärkt sich wechselseitig mit dem Problemdruck, der von der Wirklichkeit ausgeht. Oppositionell erzeugter Leistungsdruck und objektiv erhöhter Problemdruck gipfeln im Notstand, den am Ende von der Wende nur die Unfähigkeit der Regierung zur Notwendigkeit dergestalt trennt, daß ihr Sturz zur ersten Notwendigkeit wird.

Diese Ziele allein sind geeignet, gemeinsame Grundlage deutscher Propaganda für alle handlungsfähigen Subjekte des nationalen Lagers zu sein, seien es nun Einzelkämpfer oder Gruppen. Dies gilt für Gruppen kultureller, parteipolitischer, militärischer oder metapolitischer Art, ebenso für alle Redaktionen. Gruppen, die als Parteien agieren, sollten in Wahlkämpfen aber immer die absolute Mehrheit, immer die ganze Macht im Staate verlangen, um die volle Propagandawirkung der Zehn Ziele zu entfalten und um nachteilige Reflexionen auf die Koalitionsunwilligkeit der Systemparteien zu vermeiden.

Das nationale Lager ist viel mehr als die abzählbare Menge von Einzelnen und Gruppen, die sich selbst als national verstehen; das nationale Lager in Deutschland ist die nationale Lage der Deutschen, die ihnen ununterschieden im Inneren wie im Äußeren als chaotische Mannigfaltigkeit von Gefühlen, Stimmungen, Ängsten, Befürchtungen, Bedrohungen, Abgründen und Hoffnungen begegnet. Das nationale Lager ist die Ergriffenheit des Volkes von seiner nationalen Lage. Wächst diese Ergriffenheit, dann steigt die Kraft des nationalen Lagers. Diese Kraft kann das antinationale System in Deutschland sowenig bändigen wie das vom Sturm aufgewühlte Meer.

Die Sturmzeit ist nahe, aber bis zu ihrem Anbruch muß der Aufbruch warten. Im Sturme erst können wir die Leuchtfeuer im Meer der nationalen Ergriffenheit entzünden, weil im Sturm uns das Bedürfnis der Deutschen nach nationaler Ausrichtung zuwächst, und mit diesem Bedürfnis die Möglichkeit, die Köpfe und Herzen unseres Volkes zu erreichen. Der Anteil des Bewußtseins am Ereignis der nationalen Lageergriffenheit ist nicht viel mehr als eine Nußschale, die auf den Wellen tanzt.

Unter den Szenarien des Systemzerfalls deutet sich als wahrscheinlichstes ein plebiszitärer Wettlauf der Systemparteien an, den die SPD gewinnen kann und der, zum Zwecke der Revitalisierung der Parteien veranstaltet (z.B. Schnupper-Mitgliedschaft bei der CDU, Ausländer-Schnupperwahlrecht in den Gemeinden und zweite Schnupper-Staatsbürgerschaft), den Parlamentarismus und den Gesetzgebungsstaat weiter zersetzt. Große Koalitionen und immer unstabilere Übergangsregierungen im volksfernen Raume werden wahrscheinliche Folge sein.

Das Szenarium der Machtergreifung, wie es in den lokalen Volksaufständen von Hoyerswerda und Rostock erstmals erschien, wird sich in jedem Heißen Herbst mit größerer Wucht wiederholen und viele unauffällige Nachahmer in Form unbewaffneter und gewaltfreier Bürgerrebellionen und bürgermeisterlicher Gehorsamsverweigerungen finden. Durch un- und bewaffnete Gemeinde- und Gauaufstände, durch lokale und regionale Notstandsbewältigung in Eigenmacht wird sich die Erneuerung von Volk und Staat der Deutschen vollziehen.

Es kommt von unten her. Werwölfe werden so manchen Fremdling, der sich zum Freier überhebt, und so manchen Systemling, der dem Deutschenhaß und dem Antigermanismus frönt, beiroden. Die Aussichten sind düster.

„Wo aber Gefahr ist, wächst / Das Rettende auch.“
(Hölderlin)

Das 100-Tage-Programm

Die Machtergreifung des nationalen Lagers in Deutschland wird zu einer Regierung des nationalen Notstands führen, die in kürzester Zeit das deutsche Volk von den größten Übeln zu befreien hat. Die Veröffentlichung des Regierungsprogramms dieser Notstandsregierung ist als Wortergreifung des nationalen Schattenkabinetts einer der Schritte zur Machtergreifung des nationalen Lagers. Die Notstandsregierung wird in den ersten 100 Tagen kraftvolle Maßnahmen ergreifen und folgende öffentlichen Dienste dem deutschen Volke erweisen:

A) [Die Arbeitslosigkeit beseitigen!](#) B) [Wohnungsnot und Obdachlosigkeit beenden!](#) C) [Das Verkehrschaos aufheben!](#) D) [Den Rauschgiftkrieg gewinnen!](#) E) [Das organisierte Verbrechen zerschlagen!](#) F) [Recht und Staat und Souveränität wiederherstellen!](#) G) [Natur und Umwelt des deutschen Volkes retten!](#) H) [Mitteldeutschland planvoll wiederaufbauen!](#) I) [Das Sozial-und Gesundheitswesen von Grund auf erneuern!](#) J) [Die deutsche Kulturkatastrophe aufhalten!](#)

Diese zehn Ziele wird die nationale Notstandsregierung mit Notverordnungen erreichen und

A) [DIE ARBEITSLOSIGKEIT BESEITIGEN DURCH ...](#)

1. Beendigung der Ausländerbeschäftigung.
2. Ausschluß ausländischer Arbeitnehmer aus der Arbeitslosenversicherung.
3. Pflicht zur Meldung aller von Ausländern besetzten Arbeitsplätze beim Arbeitsamt als freie Arbeitsplätze, die an volksdeutsche Bewerber vergeben werden müssen, die das Arbeitsamt als geeignet bezeichnet.
4. Einstellungsverbot für ausländische und volksfremde Arbeitskräfte am deutschen Arbeitsmarkt, und zwar auch für jene Arbeitsplätze, die ausländisches Eigentum sind.
5. Beschäftigungsverbot für ausländische und volksfremde Arbeitskräfte am deutschen Arbeitsmarkt ein Jahr nach Erlaß des Einstellungsverbotes.
6. Verbot von ausländischen Werkvertragsarbeiten in Deutschland.
7. Anstellungsrecht im staatlichen Arbeitsdienst für arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger und für Dauerarbeitslose, die über sechs Monate stellungslos sind.
8. Entzug der Betriebsführungserlaubnis von Untemehmern, die Schwarz- oder Fremdarbeiter beschäftigt haben; im Wiederholungsfalle außerdem Konfiskation des fehlbesetzten Arbeitsplatzes und im zweiten Wiederholungsfalle Konfiskation des Betriebes durch den staatlichen Arbeitsdienst.

B) WOHNUNGSNOT UND OBdachLOSIG KEIT BEENDEN DURCH ...

9. Kündigung aller von Ausländern belegten Sozialwohnungen.
10. Ausweisung aller arbeitslos gewordenen Ausländer.
11. Ausweisung aller zum Straf- oder Sozialfall gewordenen Ausländer.
12. Sanktionsbewehrte Verpflichtung aller Vermieter, familientaugliche Großwohnungen an kinderreiche deutsche Familien zu vermieten.
13. Sanktionsbewehrte Verpflichtung aller Vermieter und Verkäufer, 60 v.H. ihrer angebotenen Wohnungen in familienfreundlicher Größe, Lage, Ausstattung und Preislage anzubieten.
14. Ermächtigung der Wohnungsämter zur zwangsweisen Vermietung, Entmietung oder Einquartierung in Fällen, in denen deutsche Familien nicht kinderfreundlich untergebracht werden können oder alleinstehende oder ältere Deutsche keine menschenwürdige Wohnung am freien Wohnungsmarkt finden und dieser Lage Leerstände und Fehlvermietungen gegenüberstehen.
15. Rückbau und Renaturierung der Massensiedlungen zu ökologischen Wohngewerbegebieten.
16. Neubau von Dörfern in renaturierter Industrie- und Verkehrsbrache.
17. Freiräumung aller Asylantenunterkünfte und Ausweisung der Asylbewerber.
18. Hohe Geld- und Arbeitsstrafen für unerlaubten Aufenthalt in Deutschland.
19. Einweisung deutscher Obdachloser und Asozialer in geräumte Asylantenunterkünfte.
20. Zwangsentzug für obdachlose Alkoholiker.
21. Recht auf Anstellung im staatlichen Arbeitsdienst für untergebrachte ehemalige Obdachlose, zwangsentzogene Alkoholiker; Sicherstellung eines Grundeinkommens durch Arbeit.

C) DAS VERKEHRSCHAOS AUFHEBEN DURCH ...

22. Verbot des Straßentransits für ausländische PKWs und LKWs; Vorschrift von nächtlichen Auto-Zügen für die Durchreise.
23. Gebot des Wasserweges für Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr von Massengütern.
24. Pflicht in Deutschland lebender Ausländer, grundsätzlich öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen.
25. Erlaubnis für Ausländer aus unmittelbar an den deutschen Raum grenzenden Ländern, in der Ferienzeit Deutschland bei mindestens drei Übernachtungen auf Straßen zu durchqueren.

26. Vereinbarung wechselseitiger Zonen freier Ein- und Ausfahrt für die Grenzgebiete.
27. Beschränkung auf ein Auto je Familie und Erlaubnis eines Zweitwagens erst ab dem siebenten Familienmitglied.
28. Ermächtigung örtlicher Behörden, für kritische Zeiten und Strecken Fahrgemeinschaften vorzuschreiben oder Fahrverbote zu erlassen.
29. Fahrerlaubnis für Jugendliche erst nach Beendigung der Berufsausbildung.
30. Hubraum- und PS-Begrenzung für Fahrer unter 25 Jahren.
31. Fahrvorrecht des Berufsverkehrs in Ballungsgebieten mit entsprechendem Richtungsfahrverbot für den sonstigen Straßenverkehr in den Stoßzeiten.
32. LKW-Fahrverbot in den Stoßzeiten des Berufsverkehrs.
33. Einschränkung des Massentourismus.
34. Wiedererschließung der Fläche durch Eisenbahnen und durch eisenbahnfähige Straßenbahnen.
35. Erlaß eines Generalverkehrsplanes mit dem Ziel der Verkehrsvermeidung.

D) DEN RAUSCHGIFFKRIEG GEWINNEN DURCH ...

36. Lückenlose Bestrafung aller Rauschgiftsüchtigen und süchtigen Kleinhändler durch Freiheitsentzug mit Zwangsarbeit (vgl. Art. 12, Abs. 3 GG) und Zwangsentzug ohne Ersatzdrogen wie Medien, Methadon, Alkohol oder Nikotin.
37. Schärfste Bestrafung aller Großhändler und Konfiskation ihres Vermögens; Durchgriffshaftung auf alle, die mit ihnen Geschäfte beliebiger Art gemacht haben; Vermögenskonfiskation bei unwiderlegtem Verdacht auf Mitwisserschaft.
38. Erklärung des Kriegszustandes und des Rauschgiftes zur Kriegswaffe, falls die strafrechtlichen Maßnahmen nicht ausreichen; jeder Rauschgiftbesitzer wird dann mit militärischen Mitteln bekämpft, falls er die Bedingungen für den Kombattantenstatus erfüllt; andernfalls wird er standrechtlich erschossen.

E) DAS ORGANISIERTE VERBRECHEN ZERSCHLAGEN DURCH ...

39. Beweispflicht für die rechtmäßige Herkunft des in Deutschland angelegten ausländischen Kapital- und Sachvermögens besonders jener Länder, die für organisiertes Verbrechen einschlägig sind.
40. Überprüfung der Belege für den rechtmäßigen Erwerb des in Deutschland angelegten ausländischen Kapital- und Sachvermögens; Sicherstellung desselben bei uneinbringlichen Beweisen und Strafermittlungen wegen des Verdachts auf Geldwäsche.
41. Umkehrung der Beweispflicht bei Strafverfahren wegen organisiertem Verbrechen.

42. Visumpflicht und Sperrfristen für Ausländer aus Ländern oder Gebieten, die für organisiertes Verbrechen einschlägig sind.

43. Verbot von Ausländerorganisationen in Deutschland, insbesondere solcher von protostaatlicher Gestalt.

F) RECHT UND STAAT UND SOUVERÄNITÄT WIEDERHERSTELLEN DURCH ...

44. Brechung der Gesetzesherrschaft durch Wiedereinsetzung der Deutschen in ihr Recht.

45. Verbot der Ideologie der Menschlichkeit, damit der kurze Weg von der Humanität zur Bestialität unterbrochen wird.

46. Gebot der Persönlichkeit.

47. Verbot des Pazifismus und Bellizismus als den beiden Grundformen totalitärer Ideologie und Rechtszerstörung.

48. Wiederherstellung von Krieg und Frieden als völkerrechtlicher Begriffe wie als außenpolitischer Realitäten.

49. Kündigung des Atomwaffensperrvertrages.

50. Kündigung des 2+4-Vertrages.

51. Kündigung der Nato-Mitgliedschaft.

52. Auflösung der EU.

53. Aussetzung der UNO-Mitgliedschaft bis zur Streichung der Feindstaatenklausel und Aufnahme Deutschlands als ständiges Mitglied in den Weltsicherheitsrat.

54. Wiedereinsetzung des Deutschen Reiches.

G) NATUR UND UMWELT DES DEUTSCHEN VOLKES RETTEN DURCH ...

55. Biotopschutz des deutschen Volkes in seiner Eigennatur und in seiner Umwelt, der heimatlichen Landschaft, Pflanzen- und Tierwelt.

56. Entwüstung der kapitalistischen Wirtschaftsweise durch Unterbindung des spekulativ-gegenständlichen Kapitalgebrauchs und Sicherstellung ausreichender Geldmittel für deutsche Hersteller und werteschaaffende Unternehmen.

57. Rücksiedelung der Ballungsräume zu erträglicher Siedlungsdichte.

58. Erübrigung von Zirkulations- und Transportkosten durch Autarkisierung der Herstellungsvorgänge.

59. Förderung der Bodenständigkeit der Bevölkerung.

60. Verursacherbeseitigungsprinzip; Müllautarkie möglichst aller Gebietskörperschaften.

61. Rücknahme- und Abholpflicht der Hersteller für abgenutzte Gebrauchsgüter.

62. Wiederverwendungspflicht für ausgebrauchte Güter; Ermächtigung der Gemeinden, Verpackungsverbote auszusprechen und den Loseverkauf von Verbrauchsgütern anzuordnen.

63. Gestattung autark-autonomer und subsistenzwirtschaftlicher Siedlungsformen ohne gemeindliche Anschlußpflichten.

64. Allgemeines Gebot, lineare Produktionsweisen durch Kreislaufwirtschaften zu ersetzen und einen gesunden Bauernstand, einen breiten gewerblichen Mittelstand, eine unabhängige wohlgegliederte Volkswirtschaft wiederherzustellen.

H) MITTELDEUTSCHLAND PLANMÄßIG WIEDERAUFBAUEN DURCH ...

65. Aufstellung eines volkswirtschaftlichen Planes für Mitteldeutschland, der die erwünschte Struktur mit Industriestandorten, Verkehrsverbindungen, sonstiger Infrastrukturen und die günstigste Bevölkerungszusammensetzung absteckt.

66. Investitionsverbot für die öffentlichen Haushalte in Westdeutschland während des Wiederaufbaus in Mitteldeutschland.

67. Verwendung des gesperrten Investitionsvolumens der westdeutschen öffentlichen Haushalte für die Infrastruktur Mitteldeutschlands.

68. Investitionsstrafsteuer auf private Investitionen in Westdeutschland während des Wiederaufbaus in Mitteldeutschland.

69. Verteilung der Investitionsstrafsteuer als Investitionsprämien auf private Investitionen in Mitteldeutschland nach Maßgabe des Aufbaunutzens.

70. Verlegung aller staatlichen Dienststellen nach Mitteldeutschland, die früher dort waren, sowie jener Dienststellen, die künftig Ostdeutschland zukommen; Großeinsatz des Arbeitsdienstes in Mitteldeutschland.

I) DAS SOZIAL- UND GESUNDHEITSWESEN VON GRUND AUF ERNEUERN DURCH ...

71. Aufgabe der Versicherungssillusion bei Kranken- und Rentenkassen.

72. Einführung einer staatlichen Mindestrente (Sozialhilfe) für nachweislich vermögenslose Deutsche im Rentenalter.

73. Privatisierung der echten Rentenversicherung (Kapitalansparungsprinzip).

74. Rettung des Sozialstaates durch das Verbot der Zahlung von Sozialhilfe an Arbeitsfähige.

75. Sicherstellung des Rechts auf ein Grundeinkommen durch Arbeit mittels Anstellung im staatlichen Arbeitsdienst für arbeitsfähige Erwerbslose, die länger als sechs Monate stellungslos sind; die berufliche Ausbildung ist zu berücksichtigen.

76. Auflösung des Kassenarztwesens.

77. Privatisierung des Gesundheitswesens; Preisfreigabe, Preisauszeichnungs- und Gewährleistungspflicht für alle Dienstleister des Gesundheitswesens; strenge staatliche Qualitätsaufsicht.

78. Gewährleistung der medizinischen Grundversorgung der Bevölkerung durch den staatlichen Gesundheitsdienst; diese Grundversorgung wird von den Gesundheitsämtern unter Verwendung der Mediziner- und Pharmazeutenkompagnien des staatlichen Arbeitsdienstes erbracht.

J) [DIE DEUTSCHE KULTURKATASTROPHE AUFHALTEN DURCH ...](#)

79. Verbot schmutziger, schundhafter, gewalttätiger, pornographischer und sittlich tiefstehender Darstellungen.

80. Einstellung des kommerziellen Rundfunks.

81. Beschränkung des Fernsehens auf zwei nationale Programme (für deutsche Volkskultur und deutsche Hochkultur samt Wissenschaftspflege) und auf je ein Regionalprogramm für alle deutschen Stammeskulturen; das gleiche gilt für den Hörfunk.

82. Raumschaffung für Familienleben, Überlieferungen und Brauchtumpflege als Grundlagen der deutschen Volkskultur.

83. Säuberung der deutschen Sprache und der öffentlichen Schrift von Amerikanismen und anderen Verfremdungen.

84. Streichung aller Mittel für ausländische und sog. Multikultur.

85. Ausschließliche Förderung deutscher Kultur und volksdeutscher Kulturschöpfer.

86. Auflösung kulturschädlicher Massenanstalten wie Gesamtschulen und Gesamthochschulen.

87. Wiederherstellung des kulturförderlichen dreigliedrigen Schulwesens.

88. Entlastung der deutschen Volksschule von Hilfs- und Fremdschülern, um sie der deutschen Kultur zurückzugeben.

89. Erneuerung der deutschen Wissenschaft von der Universität her.

90. Wiederherstellung des Humboldtschen Ideals der Einheit von Forschung und Lehre an der deutschen Universität.

91. Beschränkung der Universität auf wissenschaftliche Forschung und gleichzeitige Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

92. Beschränkung des Universitätsbesuches auf die geistig Begabtesten eines Jahrganges, deren Anteil die Fünf-Prozent-Grenze nicht überschreiten soll.
93. Ausbildung der hergebrachten Akademiker wie Juristen, Ärzte oder Lehrer auf Berufsakademien oder Fachhochschulen im dualen System.
94. Beschleunigung der deutschen Groß- und Spitzenforschung (Energie-, Atomsicherheits-, Gen- und Wehrforschung) aus Gründen nationaler Sicherheits- und weltpolitischer Ordnungsaufgaben.
95. Abwicklung reiner Ideologie-Institute wie jener für Politologie, Soziologie oder Psychoanalyse.
96. Auswertung, Revision und Neubesetzung ideologisch stark mitgenommener Disziplinen wie Geschichte, Pädagogik oder Literaturwissenschaft.
97. Revision des Geschichtsbildes zu Gunsten Deutschlands und weltweite Durchsetzung mittels auswärtiger Kulturpolitik.
98. Durchsetzung der deutschen Sprache als anerkanntes Gemeingermanisch und führende Kultursprache der Welt; Förderung des deutschen Sprachgebrauchs bei den Deutschamerikanern.
99. Gebrauchsverbot des Englischen als Wissenschaftssprache durch beamtete deutsche Wissenschaftler
100. Förderung der deutschen Wissenschaftssprache nach einheitlichen und volksnahen Maßstäben in allen Fächern.

Den ersten hundert Tagen der NN-Regierung und der Ingangsetzung ihrer Sofortmaßnahmen folgt die Phase der Korrektur von Fehlentscheidungen sowie der Abstimmung der Vollzieher und der Harmonisierung der Maßnahmefolgen. Danach werden weitergehende Maßnahmen programmiert und es wird die Meinung des deutschen Volkes sowohl zum Erreichten als auch zum Wünschbaren eingeholt.

* * *
